

# Meinung

## Klimaschutz

### Innovation und Umdenken

JULIA HAAK

In der vergangenen Woche fühlte es sich noch ein wenig absurd an, wie alle Welt das Karlsruher Urteil zum Klimaschutz feierte. Auch diejenigen, die für das Gesetz verantwortlich sind, das gerade vom Gericht für verfassungswidrig erklärt worden war. Dass sich Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) durch den Richterspruch bestätigt sah, war wenig erstaunlich. Hatte sie doch lange genug für ihr Klimaschutzgesetz gekämpft, dann aber vieles beim Koalitionspartner nicht durchsetzen können. Natürlich spricht sie jetzt vom Rückenwind, den sie durch das Gerichtsurteil spüre. Sie nutzt ihn gerade, um heute das durchzusetzen, was vor zwei Jahren nicht ging.

Bizar war es dann schon, als Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) die Entscheidung als epochal bezeichnete. Keine Silbe verlor der Minister darüber, dass sein Kabinettskollege, Verkehrsminister Andreas Scheuer von der CSU, anfangs wortgewaltig gegen das Gesetz zu Felde gezogen war und angesichts von Jahresvorgaben für jedes Ressort zur Reduzierung von Emissionen von Öko-Planwirtschaft gesprochen hatte. Es klang wie Öko-Diktatur. Das ist alles vergessen. Gerade fallen den Parteien, allen voran der CSU, noch mehr Vorschläge für besseren Klimaschutz ein.

Das ist eine Chance und zwar nicht nur für die Ministerin, die an einer Verschärfung ihrer disziplinierenden Emissionsvorgaben für die einzelnen Ressorts feilt. Die Einsparvorgaben werden zwangsläufig dafür sorgen, dass ein Umdenken stattfinden muss. Dass sich die Parteien darüber hinaus auch noch Gedanken über Strategien und Einzelmaßnahmen machen, ist begrüßenswert. Plötzlich geht es nicht mehr um Verbote. Innovationen, Umdenken und Ausprobieren könnten die Folgen sein, lange über den Wahlkampf hinaus.

## Behinderte

### Unbemerkt Skandal

CHRISTIAN SCHWAGER

Die geistig und körperlich behinderten Menschen in Berlin werden von jetzt an verstärkt gegen Corona geimpft. Endlich scheint sich für sie etwas zu bewegen. Nur zwei mobile Impfteams waren bisher in der Stadt unterwegs, pro Tag verabreichten sie 150 Dosen. Zwischenzeitlich wurde die Kampagne sogar wegen Unsicherheiten um das Vakzin Astrazeneca gestoppt. Allein 23.000 geistig behinderte Menschen leben in Berlin, bei diesem Tempo hätten sie ewig auf ihre zwei Dosen warten müssen.

Ein Skandal hat sich da abgespielt, weitgehend unbemerkt von einer größeren Öffentlichkeit. Er verdeutlicht ein generelles gesellschaftliches Problem: Wer hierzulande über keine Lobby verfügt, finanziell oder einfach nur laut ist, der hat Pech. Obwohl Behinderte zu jenen gehören, die den größten Schutz benötigen, weil das Virus ihre Gesundheit, ihr Leben mit am stärksten bedroht, fielen sie durchs Raster. Während die Politik über die Rechte von Geimpften debattierte, blieben die Verletzlichsten außen vor.

Hilf dir selbst, dann wird dir geholfen – dies ist die politische, eine stillschweigende anerkannte Maxime. Es ist ein Prinzip, das nur bei denen funktioniert, die zur Selbsthilfe in der Lage sind. Es ist nicht für eine Pandemie gemacht, die individuelle Krisenfälle in Serie produziert. Es passt nicht zu einer Gesellschaft, die eine Teilhabe für alle anstrebt. Immerhin: Durch den Druck der Wohlfahrtsverbände ist für die Behinderten jetzt Besserung in Sicht. Beim Impfen. Aber sonst?

Es heißt, die Pandemie richte sich wie eine Lupe auf gesellschaftliche Schieflagen. Das stimmt. Es stimmt aber auch: Verschwindet die Lupe, wird das Problem wieder unsichtbar.



Septembermobil

BERLINER ZEITUNG/THOMAS PLÄSSMANN

## Zitat

„CDU/CSU wissen, dass sie nicht über

30 Prozent kommen, sodass wir jetzt mit einem sehr guten Ergebnis deutlich in den oberen 20 Prozent auch die nächste Regierung führen können.“

Olaf Scholz, SPD-Kanzlerkandidat, hält seine Partei trotz niedriger Umfragewerte für nicht abhängig.

## Auslese

### Nationales Versagen

Die liberale schwedische Tageszeitung *Dagens Nyheter* kommentiert die Einwanderungspolitik von US-Präsident Joe Biden: „Die Krise an der mexikanischen Grenze hat einen starken Kontrast zwischen den leeren Versprechungen von Präsident Joe Biden und der Notwendigkeit geschaffen, eine Art Ordnung in die US-Einwanderungspolitik zu bekommen. Biden hat über eine umfassende Reform gesprochen, um Millionen von Menschen ohne Papiere einen Weg zur Staatsbürgerschaft zu ermöglichen, was äußerst schwierig durchzusetzen sein wird. Für die Grenze hatte er offenbar überhaupt keinen Plan. Er hat den Mauerbau gestoppt und langsam Mittel beschafft, um sich um die unbegleiteten Kinder zu kümmern, aber darüber hinaus ist es unklar.“

Die *Los Angeles Times* schreibt: „Unser gesetzliches Einwanderungssystem liegt in Trümmern. Und während Biden mit neuen Vorschriften, aufgeschobenen Abschiebungen und geldgetriebener Diplomatie zur Stabilisierung der Herkunftsänder an den Rändern herumdockt, kann, ist es am Kongress, dies zu beheben. Indes hat die Politisierung der Einwanderung die Sache noch schlimmer gemacht. Auf gewisse Weise ist das Versagen des Kongresses unser nationales Versagen, sich auf einen Ansatz zu einigen, Prioritäten zu setzen und anzuerkennen, dass selbst wenn einige Menschen, die an der (südlichen) Grenze ankommen, kein legales Recht auf Einwanderung haben, sie zumindest menschlich und respektvoll behandelt werden müssen. (fs.)“

## #allesdichtmachen

### Tiefpunkt der Debatte



MIRAY CALISKAN

Sie haben sich nichts dabei gedacht, nicht nachgedacht oder alles durchdacht. Man weiß es nicht. Oder vielleicht weiß man es doch? Über die Internet-Kampagne der Schauspielerinnen und Schauspieler #allesdichtmachen wurde schon viel geschrieben und gesagt – und noch so viel könnte darüber gesagt und geschrieben werden. Jeder hat eine eigene Meinung zu der Aktion. Viele Menschen haben den sarkastischen Ton eher rausgehört als den polemischen. Ich gehöre nicht zu ihnen. Ich bin fest davon überzeugt, dass sie bis zum letzten Wort orchestriert war. Viele Beteiligte haben ihre Videos wieder löschen lassen. Sie haben behauptet, nichts voneinander oder von der Botschaft, die durch die Kampagne vermittelt wurde, gewusst zu haben. Ganz klar auch aus Angst um ihre eigene Reputation.

Die Kampagne stellt vielleicht den Tiefpunkt der Debattenkultur in Deutschland dar, zumindest steht sie symbolisch für ein weitaus größeres Problem in unserer Gesellschaft. Wir leben in einem Zeitalter, in dem Artikel nicht mehr gelesen werden, sondern nur Überschriften und Vorspanne zählen. Es wird gefälscht, falsch verstanden, es werden aus Berichten die passenden Statements herausgegriffen, zugespitzt und über die sozialen Medien in die Welt gesetzt. In einer weltweiten Pandemie, wo die Gesundheit aller auf dem Spiel steht, ist das fatal und zieht einen gewissen Kaskadeneffekt nach sich.

Wenn ich beispielsweise schreibe, dass das Coronavirus gar nicht so gefährlich ist, wie immer behauptet wird, dies mit Aussagen von Virologen unterfüttert, die dazu eine klare Minderheitenmeinung haben, verbreite ich Alternativen, die eigentlich keine sind. Exakt das spielt sich auf den Querdenker-Plattformen ab. Sie ziehen sich die passenden Statements heraus und formen aus Außenseiterpositionen „ultimative Wahrheiten“, die in den gleichgeschalteten Medien angeblich aber nie thematisiert werden. Dann heißt es: Nur sie können das Thema Corona differenziert betrachten – und plötzlich spielt es keine Rolle mehr, dass eigentlich sie es sind, die völlig undifferenziert berichten. Wenn die Aussagen in Frage gestellt werden, heißt es: „Was darf man überhaupt noch sagen?“ oder „DIE Medien und DIE Regierung verbreiten Angst und Panik, um UNS, die Bürger, zu lenken“. Längst geht es nicht mehr um die Frage, ob wir nicht mehr in der Lage sind, andere Meinungen auszuhalten. Auch nicht darum, ob es heutzutage „verboten“ sei, Kritik auszuüben, sondern darum, in einem vergifteten Diskurs die eigene Weltanschauung durchzuboxen. Diese Scheindiskussionen gibt es nicht nur bei wissenschaftlichen Themen, sondern insbesondere bei den politischen Entscheidungen. Bei #allesdichtmachen bedient man sich eines Narrativs, das

man aus der Querdenker-Szene kennt. Völlig undifferenziert, ohne Alternativen. Netzpolitik.org hat herausgefunden, dass Volker Bruch, einer der Initiatoren der Aktion, in die Corona-Protest-Partei „Die Basis“ eintreten wollte. Eine Nähe zu Querdenkern hatten die Beteiligten immer vehement von sich gewiesen.

Bruchs Kollege Jan Josef Liefers findet, dass die Medien die Corona-Maßnahmen unwiderrührbar wiedergegeben haben – was nicht wahr ist. Nach der Veröffentlichung seines Videos berichtet er in diversen Interviews, dass er Zeitungen und Online-Nachrichten monatelang abbestellt habe – gibt also ganz offen zu, gar keine Ahnung davon zu haben, worüber berichtet wurde (und worüber nicht), trotzdem kritisiert er die „unkritischen Medien“. Das ist so absurd, dass es fast schon wieder lustig ist.

Die Aktion hätte auch ganz anders aussehen können, wenn den Schauspielern wirklich etwas an der eigentlichen Kritik gelegen hätte. Sie hätten sich konstruktiv zu den Maßnahmen äußern können, sie hätten darauf aufmerksam machen können, wie eine ganze Branche in der Pandemie zugrunde geht, hätten junge Kulturschaffende in den Fokus rücken können. Vielleicht sogar mit einer Spendenaktion? In ihrer privilegierten Position hätte sie damit etwas Sinnvolles getan. Stattdessen scheint für einige die Genugtuung zu reichen, sich im Netz präsentieren zu dürfen. Und dadurch unweigerlich – ohne Konsequenzen davonzutragen – viel Schaden anzurichten.

Spätestens beim scheußlichen Video der Schauspielerin Katharina Schlothauer, in dem sie mit ihrer „Dankbarkeitsatmung“ an um Luft ringende Corona-Patienten erinnert, kommt man nicht umhin, sich zu fragen: Was hat sie sich nur dabei gedacht? Ganz sicher nicht gedacht hat sie an die 83.000 Menschen, die allein in Deutschland durch Sars-CoV-2 ums Leben gekommen sind. Und ganz sicher nicht an die Familien und Freunde, die zurückgeblieben sind.

## Kolumne

### Der Brief ohne Marke

ANDRÉ MIELKE

**H**eute lag wieder nichts im Kasten. Vielleicht kommt er morgen, der Brief ohne Marke. Ihre frohe Botschaft werfen die Hauseigentümer stets persönlich ein. Vor sechs Wochen bekam der Senat vom Bundesverfassungsgericht eins auf den Mietendeckel. Seitdem rechne ich täglich mit der Ankunft eines Kuverts, in dem das sexy Wort „Erhöhungsbegehr“ steckt. Etwa sagt mir, dass viele Vermieter gerade das Gefühl haben, allerhand nachholen zu müssen. So lange ich mir diese Gemütsverfassung noch halbwegs leisten kann, versuche ich, es geschäftsmäßig zu sehen: Die gucken, was geht. Dann gucke ich, was nicht geht. Wir standen schon gegeneinander vorm Amtsgericht, grüßen uns aber weiter freundlich. Wenigstens haben sie noch nie behauptet, Mietsteigerungen dienten ihrem Kampf gegen die Armut anderer Leute.

Der Gründer des schwedischen Immobilienkonzerns Akelius hat dem Tagesspiegel neulich ein Interview gegeben. Der Firma gehören in Berlin gut 14.000 Wohnungen. Ihr Name steht für die rabiate Luxussanierung von Altbauden. Wo sie „aufwerten“ ließ, wohnen keine Krankenpflegerinnen und Postboten mehr, geschweige denn Kleinkolumnisten.

Roger Akelius hat also Verdienste um die Aufwürdynamik des städtischen Mietspiegels. Er ist 76 und Milliardär. Die schwedische Wikipedia nennt ihn einen Philanthropen. Ich habe extra nachgeguckt: Das bedeutet tat-

sächlich nicht Miethai, sondern Menschenfreund. Das nach ihm benannte Unternehmen gehört nämlich größtenteils einer Stiftung mit Sitz auf den Bahamas, die staatliche Summen an wohltätige Organisationen überweist. Genau deshalb bescheinigt Herr Akelius der Landesregierung, mit ihrem, aus seiner Sicht, gottlob gescheiterten Mietdeckels für das Elend der Welt mitverantwortlich zu sein: „Soll die Stiftung lieber den rot-rot-grünen Aktivisten helfen, statt 200 Kinder in Kambodscha vor dem Verhungern zu bewahren? Rot-Rot-Grün stiehlt Geld von leidenden Kindern.“ Alter Schwede.

Garantiert leiden Akelius-Mieter jetzt unter Mindermietscham. Wähnten viele

## Berliner Zeitung

PFLEIBLATT DER BÖRSE BERLIN

Herausgeber: Dr. Michael Maier  
Textchef: Bettina Cosack (ViSeD)  
Redaktionelle Koordination: Karim Mahmud, Tobias Miller

Reporter: Ruth Schneebberger, Jan Schmidt

Dossier: Anja Reich, Sabine Reimann

Resorts:

Politik &amp; Gesellschaft: Christine Dankbar

Welt &amp; Nationen: Dr. Michael Maier

Wirtschaft &amp; Verantwortung: Katharina Brienne

Kultur: Harry Nutz

Lernen &amp; Arbeiten: Eva Corino

Gesundheit &amp; Leben: Ruth Schneeburger

Sport &amp; Leidenschaft: Benedikt Paetzoldt

News: Philipp Deibon

Chef Fotoredaktion: Paulus Ponizak

Für das jeweilige Ressort an ersten Berliner Pressegesetzen sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Preises genannt

verantwortliche Redakteure im Sinne des Preises genannt

Chef Print: Ingo Preißler

Chefin Art Direction: Stephanie Franziska Scholz

Print Art Direction: Annette Tiegs

Chefin Open Source: Dr. Petra Kohse

Leserbriefe: +49 30 63 33 11-457

E-Mail: leserbz@berliner-verlag.com

Redaktion: Berliner Newsroom GmbH

Geschäftsleitung Berliner Newsroom GmbH: Dr. Mirko Schiebelbein (Vorstand), Tobias Miller, Jan Schmidt

Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Verlag: Berliner Verlag GmbH

Geschäftsleitung: Dr. Mirko Schiebelbein (Vorstand), Holger Friedrich

Postadresse: 11509 Berlin, Besucher: Alter Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Telefon: +49 30 23 27-9; Fax: +49 30 23 27-55 33

Anzeigen: BZ Anzeigenagentur GmbH, Geschäftsführung: Holger Friedrich

Postfach 11 05 10969 Berlin;

Anzeigenannahme: +49 30 23 27-50; Fax: +49 30 23 27-66 97

E-Mail: kundenservice@berliner-verlag.com

Traueranzeigen: E-Mail: traueranzeigen@berliner-verlag.com

Es gilt Anzeigenpreisliste gültig seit 1.1.2021.

Druck: BZ Berliner Zeitungdruck GmbH,

Geschäftsleitung: Steffen Helmrich, Holger Friedrich

Am Waserwerk 11, 10365 Berlin,

Internet: www.berliner-zeitungdruck.de

Leserservice Abo: +49 30 23 27 77; E-Mail: leserservice@berliner-verlag.com

Die Print-Ausgabe und das E-Paper der Berliner Zeitung werktäglich Mo-Fr

sowie als Wochenendausgabe samstags im Berliner Verlag.

Mit dem Digital-Abo der Berliner Zeitung erhalten Sie jederzeit Zugang zu allen Artikeln auf berliner-zeitung.de.

Alle Angebote und die dazugehörigen Preise finden Sie auf unserer Internetseite aboshop.berliner-zeitung.de

Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskampf (Streik/Aussperrung) besteht kein Belieferungs- und Gleichstandsrecht.

Erfüllung und Gleichstandsrecht-Mitte.

Für unverlangt eingesandte Materialien oder Fotomaterial wird keine Haftung übernommen.

Die Auflage der Berliner Zeitung wird von der unabhängigen Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern geprüft.